

Bündnis von Selbsthilfegruppen für seelische Gesundheit

Unser Aufruf für eine bessere ambulante psychosoziale Versorgung im Kreis LÖ geht WEITER!

Sehr geehrte Abgeordnete im Kreistag Lörrach und im Landtag Stuttgart,

nachdem unser auch an sie versandter Aufruf vom 8.3. nur bei einer Fraktion Resonanz ergeben hat, wollen wir ihnen unsere Anliegen vor den Kommunal- und Europawahlen nochmals nahebringen. Im Antwortbrief der Landrätin Frau Dammann vom 22.3. bestätigt diese unsere Darstellung als zutreffend und unsere Anliegen als berechtigt. Wir begrüßen die Offenheit für unsere Beteiligung und werden zeitnah unsere Vorschläge mit der Psychiatriekoordinatorin des Kreises erörtern. Allerdings verweist die Landrätin auch auf andere politische Zuständigkeiten und auf Sparzwänge durch fehlende Finanzen u.a. auch von Landesseite. Sie kündigt gar weiter sich verschärfende Defizite und Kürzungen an. So differenziert die Gründe und Verantwortlichkeiten hierfür zu sehen sein mögen:

Für uns ist die Mangelverwaltungs-Politik unserer ambulanten psychosozialen Versorgung nicht länger hinnehmbar. In akuten Krisen bringt sie uns in existentielle Not. Im mithin reichsten Bundesland der reichsten europäischen Volkswirtschaft beschneidet diese seit langem und zunehmend unsere sozial- und grundgesetzlich verbrieften Bürger-, Patienten- und Teilhaberechte.

Während die Stigmatisierung von Betroffenen seelischer Krisen/Krankheiten und Angehörigen leider wieder stärker wird, vertreten wir mit unserem Aufruf und unserer Selbsthilfe-Arbeit bei Weitem keine unbedeutende Minderheit: **nach offiziellen Erhebungen fühlen sich in Deutschland 63% aller Erwachsenen psychisch nicht gesund und 28 % (ca.18 Mio.) und wohl jede Familie sind jedes Jahr von diagnostizierten psychischen Krankheiten betroffen!**

Die beschlossene, für den Kreistag und die Kreis-Verwaltung Lörrach bindende **Zukunftsstrategie 2035** formuliert als Ziele, Grundsätze und Maßnahmen für das Handlungsfeld Gesundheit u.a.: den Schutz der Gesundheit der Einwohner in allen Lebenslagen, die Feststellung von Handlungsbedarfen, eine bedarfsgerechte, zielgruppenspezifische und einwohnernahe medizinische Versorgung, die gesundheitliche Chancen-Gleichheit und die aktive Krankheits-Prävention. **Aus unserer Sicht ist davon im Bereich ambulante psychiatrische Versorgung sehr wenig bis Nichts angegangen und umgesetzt worden. Dieser Bereich wird auf der Website der Kommunalen Gesundheitskonferenz und deren zuständigen AG Medizinische Versorgung tatsächlich als „Abgeschlossenes Projekt“ bezeichnet!**

Wir fragen sie:

- Wie bewerten sie als politisch hier Verantwortliche den aktuellen Umsetzungsstand der Zukunfts-Ziele und Maßnahmen für die psychiatrische ambulante Versorgung in unserem Kreis?
- Was können und werden sie mit ihrer Fraktion für eine diesen Leitsätzen gerecht werdende konkrete Maßnahmenplanung tun, die den Notstand der ambulanten Versorgung beheben hilft?
- Bspw. kurzfristig im Kreistag bei möglich anstehenden Änderungen der strategischen Planung zum laufenden und zum nächsten Haushaltsjahr jetzt nach den Wahlen?
- Und bspw. langfristig im Forum Zukunftsstrategie oder in anderen Gremien?
- Was können und werden sie im Landtag und in der Landesregierung tun, bspw. mit nötigen Aktualisierungen des Landespsychiatrieplans, mit konsequenteren Umsetzungen des Psychisch-Krankenhilfe-Gesetzes und der Mitfinanzierung der erfolgreichen ambulanten Modelle Home-treatment und Stations-äquivalente Behandlung landesweit und auch in unserem Kreis?
- Wie stehen sie im Landtag dazu, daß Baden-Württemberg noch immer zustehende Bundesgelder für die psychiatrische ambulante Versorgung nicht nutzt und an andere Länder abtritt?

Welche Therapie braucht das ambulante Versorgungssystem?

Als Betroffene, Angehörige und Genesende von seelischen Krisen/Krankheiten sind wir Experten darin, zu sehen, wodurch Krisen und Krankheiten ausgelöst werden und was uns zur Stabilisierung und Genesung hilft. Gut ausgestattete ambulante Dienste und bedürfnis-orientierte Unterstützung braucht es dringend, damit aus akuten Krisen keine chronischen Krankheiten werden und damit unsere eigenen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung einbezogen und gestärkt werden. Das ambulante psychosoziale System ist in einer sich verschärfenden Krise. Was uns Einzelnen aus Krisen heraus hilft, sollte auch gemeinschaftlich gelten: anerkennen wir, daß wir so nicht weiter machen können, daß immer mehr Menschen in seelischen Krisen ohne adäquate Unterstützung bleiben, treten wir entschieden für unsere sozialen und ethischen Werte ein, verabschieden wir uns von Strategien und Zielen, die unseren guten Werten und Leitlinien zuwider laufen und beenden wir das hilflose und kurzsichtige Festhalten an Sachzwängen und Rechtfertigungen für das Weitermachen im Falschen und Krank-Machenden.

Wir halten alle Forderungen unseres Aufrufes vom 8.3. aufrecht

Und fordern als Sofortmaßnahmen in Kreistag, Landtag und Landesregierung:

- ☺ Rücknahme der Mittelkürzungen des Kreises für die psychiatrischen Tagesstätten
- ☺ Rücknahme der Kündigung der Leistungs-Vereinbarung für die Selbsthilfe- und Suchtberatungsarbeit des PSB Blaues Kreuz – welche diese sonst zur Einstellung ihrer wichtigen Arbeit zwingt
- ☺ Erhöhung der Kreis-Zuschüsse für mehr Personal der Sozial-psychiatrischen Dienste
- ☺ Wieder-Bereitstellung der gestrichenen in 2019 zugesagten Landesmittel für ambulante Versorgung
- ☺ Abrufung und Einsetzung der Baden-Württemberg zustehenden Bundesgelder für die Finanzierung der kommunalen psychiatrisch-ambulanten Versorgung nach dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz
- ☺ Initiative durch Landtag und Landesregierung für die gesetzliche Neuregelung der Bedarfsplanung für die Facharzt- und Psychotherapeuten-Sitze basierend auf der massiv gesteigerten Entwicklung der medizinischen Fallzahlen anstelle der unspezifischen Einwohnerzahlen

Im Hinblick auf die anstehenden Wahlen am 9.6.2024 sind wir auf ihre Antworten wirklich gespannt. Und wir erwarten besonders auch ihre konkreten Vorschläge und Pläne, ob und wie sie nach den Wahlen als Partei, Fraktion und Mandatsträger*in sich zu unseren Anliegen und Fragen stellen und im Amt verhalten werden.

Lörrach, 3. Juni 2024 - Aufrufende Selbsthilfe-Gruppen:

- ### LOTUS-Selbsthilfe- und Übungsgruppe in seelischen Krisen Lörrach
- Kontakt: Bernd Manz, email: info@achtsam-auf-augenhoehe.de
 - ### Selbsthilfegruppe Angehörige von Borderlinern Lörrach – Kontakt-email: borderline.angehoerige.loe@gmx.de
 - ### Selbsthilfegruppe „Seelische Gesundheit – Leben mit Mir“, Hausen
- Kontakt: Berthold Bausch, email: bausch@lvpebw.de
 - ### Selbsthilfegruppen Depression Lörrach und Rheinfelden
- Kontakt: Peter Debatin, email: depressionsgruppe.loerrach@gmail.com
 - ### Selbsthilfegruppe „Angstphasen“ für Angst- und Panikstörungen Rheinfelden
- Kontakt: Miriam Bayer, email: shg.angstphasen.rheinfelden@gmx.de
 - ### Außerstationäre Krisenbegleitung Lörrach-Waldshut ask-lw,
- Kontakt: Berthold Bausch, email: krisenbegleitung@ask-lw.de
 - ### Selbsthilfegruppe für Angehörige psychisch Kranker, Schopfheim
- Kontakt: Helga Fratamico, email: angh.psy.kranke@web.de
 - ### Selbsthilfegruppe Sucht für Angehörige & Betroffene Lörrach
- Kontakt: RegioPSB Blaues Kreuz, email: regiopsbloeweb@web.de
- Kontakt und Koordinierend für den Gemeinsamen Aufruf: LOTUS-SHG, Bernd Manz, siehe oben**